

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

17. JUNI 2020

Nr. 153

14. JAHRGANG



Seit wenigen Tagen hat die Burg Kriebstein, nach Bekunden der staatlichen Schlösser, Burgen & Gärten Sachsens die schönste Ritterburg im Freistaat, wieder für den Besucherverkehr geöffnet. Allerdings gelten die bekannten Verhaltens- und Hygienemaßnahmen. Eigene Veranstaltungen können bis 17. Juli nicht stattfinden, bei Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Gästen gilt das sogar bis 31. August. Ähnlich hart getroffen von Corona Covid 19 - der Virus, dessen Auswirkungen die heutige Ausgabe der LinksWorte maßgeblich prägen - sind auch die Burgen und Schlösser Augustusburg, Mildenstein in Leisnig, Lichtenwalde, Rochlitz und das Kloster Buch - allesamt gelegen im „Schlösserland Mittelsachsen“.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. DISKUTIERT:

**DIE LINKE UND IHR UMGANG MIT DER
CORONA-PANDEMIE ?**

2. INFORMIERT:

**DIE SITZUNG DES MITTELSÄCHSISCHEN
KREISTAGES VOM 27. MAI**

3. BERICHTET:

AUS DER ARBEIT IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & kurzberichte in wort und bild
4/5	titelthema 1: die linke und die coronakrise
6	titelthema 2: bericht über den kreistag
7	Reisebericht Russland
8/9	titelthema 3: landtag aktuell
10	unsere serie zur politischen bildung: Beitrag -58-: „schlachthöfe außer kontrolle?“
11	kreisvorstand & jahrestage & glückwünsche
12	termine & trauer & querbeet

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 15. Juli 2020. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 8. Juli**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.
Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.
Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.
Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum
DIE LINKE.

Herausgeber:

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem unsere April-Ausgabe dem Corona-Virus zum Opfer gefallen ist, so müssen wir im Juni feststellen: auch bis mindestens Ende August wird nichts mehr so sein, wie es einmal war. Aber - wie man so schön sagt - das Leben geht weiter. Ein kurzer Rückblick aus der Sicht der LINKEN: Am 29. Februar und 1. März fand in Kassel zum Abschluss der Strategiedebatte eine Strategiekonferenz statt. Die Ergebnisse von Kassel sollten in den Leitantrag zum Bundesparteitag einfließen, der vom 12. bis zum 14. Juni in Erfurt stattfinden sollte. Für Anfang April war eine Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz in Düsseldorf vorgesehen. Inzwischen ist der Bundesparteitag auf Ende Oktober/Anfang November verschoben. Ähnlich im sächsischen Landesverband. Auch hier wollte man im 1. Halbjahr Nägel mit Köpfen machen. In jedem Kreisverband sollten mehrere Regionalkonferenzen durchgeführt werden, es gab einen Fahrplan zur Führung einer Strukturdebatte, um Lehren aus dem desaströsen Wahlergebnis der Landtagswahlen im vergangenen Jahr zu ziehen. Im unserem Kreisverband waren für den 31. März und 1. April Regionalkonferenzen in Mittweida und Freiberg mit den beiden Landesvorsitzenden der LINKEN vorgesehen. Mitte März war schlagartig Schluss mit Parteiveranstaltungen - auf Bundes-, Landes- und Kreisebene. In den Geschäftsstellen wurde vor allem im Homeoffice gearbeitet. Hochkonjunktur haben auf allen Ebenen inzwischen Video- und Telefonkonferenzen. Mit teilweise beachtlicher Effektivität. Anstelle von Veranstaltungen und Seminaren treten Lifestreams und „Webinare“. Durch die Bundesgeschäftsstelle wurde ein „Leitfaden zur medialen Vernetzung“ unter den aktuellen Krisenbedingungen erarbeitet. Die Frühlingsakademie der LINKEN geht mit einem aktualisierten Programm zur sozial-ökologischen Transformation online. Wir berichten in unserem Titelthema -1- darüber. Weiter geht es dort darum, wie DIE LINKE die kommenden Monate gestaltet, inhaltlich und organisatorisch. Schwerpunkt dabei ist, wie sie ihre Oppositionsrolle im Bund und in Sachsen unter den neuen Bedingungen wahrnimmt. Die für den 25. März vorgesehene 4. Sitzung des mittelsächsischen Kreistages war bekanntlich ausgefallen. Sie wurde auf den 27. Mai verschoben und -bedingt durch Corona- in der HarthaArena in Hartha durchgeführt. Der Fraktionsvorsitzende Gottfried Jubelt informiert in unserem Titelthema -2- aus der Sicht seiner Fraktion über die Ergebnisse. Die Fortsetzung seines Berichtes gibt es in unserer Juli-Ausgabe. Im Titelthema -3- berichten wir über die Arbeit unserer Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta im Landtag und eine Bitte der Bundestagsabgeordneten Caren Lay. Auch unser Thema zur politischen Information macht vor Corona nicht halt. Achim Grunke schreibt zum Thema „Schlachthöfe außer Kontrolle?“ Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir - wie allmonatlich - eine interessante und anregende Lektüre.

„der gesundheitsschutz muss jetzt vorrang vor allem anderen haben“

von RUTH FRITZSCHE

Spätestens seit dem 11. März 2020 war für uns im Kreisverband alles klar. Corona ist nun endgültig bei uns in Deutschland und damit auch bei uns in Mittelsachsen angekommen. Die zu diesem Zeitpunkt letzte Beratung des Kreisvorstandes fand an diesem Tag statt. Nach den Festlegungen des Landesvorstandes gibt es ab sofort keinerlei Zusammenkünfte oder sonstige Treffen mehr. Für fast alle Bürger unseres Landes gibt es in Anbetracht der Gefährlichkeit bei Ansteckung an diesem Corona-Virus staatliche Einschränkungen jeglicher Art. Das gesamte Leben ruhte, was auch für uns als Senior*innen nicht einfach war und noch ist. Im Hinblick auf die große Gefahr der Verbreitung gehören wir nun mal zu den besonders gefährdeten Altersgruppen. Diese Situation hat unsere Vorsitzende Marika Tändler-Walenta mit ihrem jungen Kollektiv zum Anlass genommen, sofort Einkaufshilfe für SeniorInnen zu organisieren und wird jetzt als Dienstleistungshilfe weiter angeboten. Ich persönlich habe mich nur für kurze Zeiten für Einkäufe und andere private Verpflichtungen aus meiner Wohnung begeben und in dieser gesamten Zeit bis Ende Mai jegliche Treffen mit Angehörigen (außer kurz mit meinem Sohn) und anderen Menschen vermieden. Besonders zu Ostern fühlte ich mich ziemlich allein und einsam. Alle staatlichen Maßnahmen habe ich jederzeit befolgt und benutze den Mundschutz beim ÖPNV, in Läden und anderen Einrichtungen bzw. befolge das Abstand halten, da noch immer große Teile unseres Alltags und unserer politischen Praxis von der Corona-Pandemie geprägt sind. Damit handele ich und wie viele unserer älteren Parteimitglieder im Sinne der Orientierung unserer Partei. Der Gesundheitsschutz und der Schutz vor Ansteckungen muss auch bei politischen Aktivitäten, wie z.B. am Tag der Befreiung, Vorrang vor allem anderen haben. Es ist deshalb für mich nicht nachvollziehbar, dass seit einigen Wochen besonders extreme Rechte und auch die AfD, z.B. in unserem Kreis Mittelsachsen durch die Frau Penz und Herrn Weigandt, in verschiedenen Orten öffentliche Versammlungen u.a. gegen die Kontaktbeschränkungen und für schnellere Öffnung veranstaltet werden. Für uns als Partei gilt „solidarisch durch die Krise - Gesundheit vor Profite - Grundrechte verteidigen.“ Im Hinblick auf die Gesundheit gilt deshalb: das Gesundheitssystem muss auf sichere Füße gestellt werden - Kein Profit mit der Gesundheit. Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin. Eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle Bürger und Bürgerinnen entsprechend ihrem Einkommen einzahlen und mit der alle gut versorgt werden. Es gibt durchaus guten Grund für Protest - und der geht auch ohne erhöhtes Ansteckungsrisiko, wenn Grundrechte an medizinischen Notwendigkeiten ausgerichtet werden. Wir müssen erkennen, dass die Corona-Pandemie kein Machwerk dunkler Gestalten ist. Bei Lockerungen gilt: Gesundheit und Sicherheit gehen vor. In Schulen, Kitas, in Krankenhäusern, Pflegeheimen, am Arbeitsplatz, auf dem Spargelfeld, in der Fleischerei, am Band oder im Büro.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

von HANS WEISKE

Bereits mehrfach habe ich in den LinksWorten darüber geschrieben, dass ich seit nunmehr acht Jahren unentwegt auf den Straßen Deutschlands und der angrenzenden Länder - leider viel zu selten auch auf dem Schienenweg - unterwegs bin. Angetan haben es mir vor allem die UNESCO-Welterbestätten, die Bauwerke der Romanik - von der kleinen Dorfkirche im Jerichower Land bis zum prächtigen Dom von Speyer -, die schönsten altherwürdigen Stadtzentren mit ihren historischen Rathäusern und die beeindruckenden deutschen Fachwerkstraßen. Auch im Landkreis Mittelsachsen und im Erzgebirge war ich in dieser Zeit viel unterwegs: aber meistens im Auto und mit eher bescheidenen Kilometern zu Fuß. Seit Mitte März war damit erst einmal Schluss: Corona ließ grüßen. Mein Entschluss: Ich kaufte mir im April ein modernes eBike und bin seitdem vor allem auf zwei Rädern unterwegs. Vorerst in meiner engeren Heimat mit dem Flöha-, dem Striegis- und dem Zschopautal. Aber der Fahrradträger für das Auto steht seit einigen Tagen in der Garage bereit und der Zusatz-Akku (nur mit dem kann man längere Touren unternehmen, ohne unterwegs längere Zeit mit dem Nachladen verbringen zu müssen) ist bestellt. Da ich inzwischen auch zu meinen Diensten als Schatzmeister von Flöha aus in die Kreisgeschäftsstelle in Freiberg mit dem Bike fahre, beginne ich mich langsam und ganz praktisch in das Doppel-Thema "Alltagsradverkehr (Nahmobilität) einerseits und touristischen Radverkehr andererseits" einzuarbeiten. Langsam vor allem deshalb, weil es dem gewohnten Autofahrer anfangs schwerfällt, Radwege außerhalb der Bundes- und Landesstraßen zu finden. (Bei meiner allerersten Radfahrt nach Freiberg wurde mir erst nach mehrfachen Anhupen durch Autofahrer bewusst, dass neben der hunderte Male befahrenen Bundesstraße ein perfekter Radweg verläuft). Inzwischen habe ich mich darüber informiert, dass im vergangenen Jahr eine neue "Radverkehrskonzeption Sachsen" beschlossen wurde. Mit dem Ziel, "das Radfahren attraktiver und sicherer zu gestalten, die Serviceangebote rund um 's Rad weiter zu verbessern und die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger zu fördern." Was den Alltagsradverkehr betrifft, sind der Landkreis Mittelsachsen und der Erzgebirgskreis die beiden einzigen, die über noch keine Netzplanung verfügen. Und was die Flöha-, Striegis- und Zschopautal-Radwege betrifft, befinden sie sich in einem teilweise beklagenswerten Zustand. Trotz Elberadweg, Mulderadweg, Sächsischer Städteroute oder Spreeradweg ist Sachsen - noch mehr allerdings Thüringen und Sachsen-Anhalt - ein radtouristisches Entwicklungsland. Das macht auch ein Blick in das Buch "Fahrradlust Deutschland - 100 Traumtouren für Pedalritter und eBike-Entdecker" deutlich. In seiner Stellungnahme "5 Punkte für LINKE Mobilität nach Corona" bricht Bernd Rixinger berechtigterweise eine Lanze für alle, die nicht mit dem Auto fahren. Richtig so!

ehemaliger ddr-sportler soll in geringswalde geehrt werden



Ausschnitt aus der Rochlitzer Ausgabe der „freien presse“ vom 2. Juni. Einer der wesentlichen Initiatoren der Namensgebung, der Kreis- und Stadtrat der LINKEN, David Rausch, schrieb uns dazu:

„Nicht alles was in der DDR stattfand war auch schlecht, nein im Gegenteil. Die Stadt Geringswalde hat viele bekannte Gesichter hervorgebracht, allesamt aus DDR Zeiten. Da haben wir die Olympia Turnerin und -Trainerin **ROSELORE SONNTAG**, die bei der Olympiade für die DDR erfolgreich turnte und nach der die neue Turnhalle in Geringswalde in „Roselore-Sonntag-Sportstätte“ benannt wurde. Doch damit hört es nicht auf. Auch Im Fußball kann Geringswalde glänzen und mit **WOLFGANG BLOCHWITZ** einen Tormann an den Start bringen, der es vom Geringswalder Acker nach Jena zum FC Carl Zeiss Jena bis hin zur DDR Nationalmannschaft geschafft hat. Wolfgang Blochwitz ist Ehrenbürger der Stadt Geringswalde. Was liegt nun näher, als bei dem anstehenden Neubau des Sportplatzes auch den Namen des bekanntesten Fußballspielers aus Geringswalde anzupassen?
Aus unserem Waldsportplatz wird dann das Wolfgang Blochwitz Stadion...
Hierzu hat die LINKS-Fraktion im Stadtrat einen Bürgerantrag gestartet und sammelt nun hierfür die notwendigen 400 Unterschriften und stößt dabei auf großes Interesse der Bürgerinnen und Bürger...“



Für den 14. Juni (nach Redaktionsschluss) haben #unteilbar und viele andere Gruppen, Bewegungen und Initiativen zu einem Aktionstag unter dem Motto #sogeltsolidarisch aufgerufen. Auch DIE LINKE beteiligt sich an dezentralen Aktionen in vielen deutschen Städten.

Die Corona-Krise hat uns noch immer fest im Griff. Wie meistens in solchen Situationen haben die Regierenden dabei gute Karten, ihr Image aufzupolieren. Und zumindest die Union mit Merkel und Söder an der Spitze profitiert im Augenblick von Corona. So wurde von der Koalition das größte Paket von Wirtschaftshilfen und Konjunkturaneizen seit Bestehen der Bundesrepublik verabschiedet. Auch in Sachsen wird durch CDU im Bunde mit SPD und Grünen geklotzt statt gekleckert. Wortmeldungen der Opposition zur aktuellen Politik - darunter auch solche der LINKEN - werden nur wenig wahrgenommen und gelangen kaum in die Medien.

Auf diesen beiden Seiten fassen wir Wortmeldungen der vergangenen Tage aus dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Landesvorstand und dem Landtag zusammen. Einige sind sehr umfangreich, so dass wir über deren wesentliche Inhalte berichten können. Sie können aber auf den Webseiten

www.die-linke.de bzw. www.dielinke-sachsen.de

detailliert nachlesen, wo jeweils spezielle Seiten zu Corona eingerichtet wurden.

Außerdem gehen wir auf auf aktuelle Entwicklungen zur besseren digitalen Vernetzung und das vermehrte Angebot an Lifestreams und Webseminaren bei der LINKEN auf Bundes- und Landesebene ein.

„corona-seite“ der bundespartei



In einem Video zusammengefasst sind aus LINKER Sicht die „5 Punkte, um solidarisch aus der Corona-Krise zu kommen“. Unter dem Motto „Auf den Punkt gebracht“ gibt es Informationen und Argumente zu den genannten Punkten. Enthalten sind weiterhin wichtige Links und Stellungnahmen zu aktuellen Entwicklungen, darunter **zwei Stellungnahmen des Parteivorsitzenden Bernd Rießinger:**

zum konjunkturpaket der bundesregierung

Es gibt durchaus gute Ansätze in diesem Programm, natürlich werden sich viele Familien über ein wenig zusätzliches Geld auf dem Konto freuen. Aber bei einem Programm in diesem Umfang ist es unverständlich, warum die Chance für grundlegende und nachhaltige Verbesserungen vertan wurde.

Statt Einmalzahlungen kann das Thema Kinderarmut durch eine Kindergrundsicherung angegangen werden, wie sie DIE LINKE und auch viele gesellschaftliche Akteure seit langem fordern. Statt Computer zu kaufen brauchen die Kliniken Personal und bessere Bezahlung für die Pflegenden. Dass sich bei ihren Löhnen nichts verändert ist schlicht ein Skandal.

Auch bei der Bahn fehlt der Wille zu nachhaltigen Verbesserungen. Die Summen für Bahn und ÖPNV reichen nicht aus, um einen großen Schritt nach vorne zu gehen. Es reicht nicht aus, nur Ausfälle zu kompensieren. Wir brauchen einen wirklichen Schub für nachhaltige Mobilität. Mit dem Konjunkturpaket hätte in den

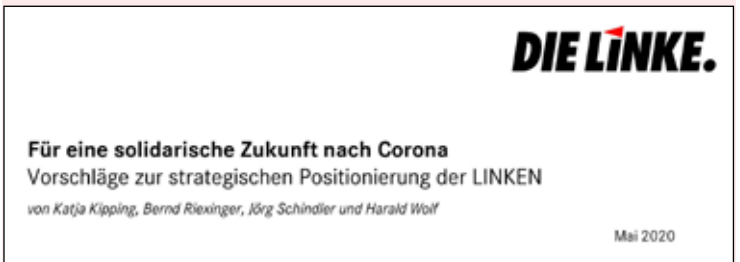
Ausbau und dauerhaft vergünstigte Tickets investiert werden können. Es wurde die Chance auf ein zukunftsfähiges Mobilitätssystem vertan.

Unverständlich ist, warum die sicherlich notwendige Unterstützung für Unternehmen nicht an eine Ausweitung der Tarifbindung geknüpft wird. Das würde vielen Beschäftigten am meisten helfen.

Bezahlbarer Wohnraum und auch die Unterstützung von Erwerbslosen finden in diesem Paket gar keine Beachtung. Auch daran zeigt sich: dieses Paket versucht mit der Gießkanne möglichst viele Lobbygruppen zu bedienen. Das wird kurzfristig etwas mehr Geld für viele Menschen bringen. Es wird allerdings ebenso schnell verpuffen. Diese Regierung hat schlicht nicht den politischen Willen, umzusteuern, um Wirtschaft und Staat krisensicher zu machen.

5 punkte für mobilität nach corona

Siehe dazu Informationen auf Seite -9-.



Unter dieser Überschrift ist - ebenfalls auf der „Corona-Seite“ ein zwölfseitiges Positionspapier nachzulesen, in welchem u.a. die folgenden vier **LINKEN Aufgaben** nach Corona formuliert werden:

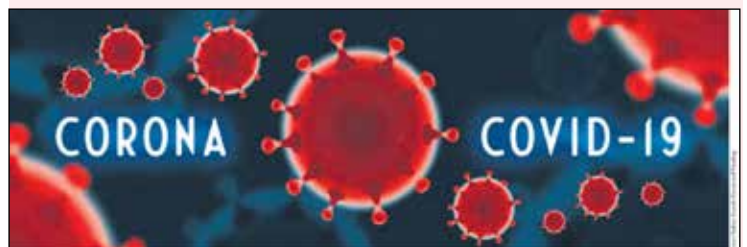
1. **Ein sozialer Schutzschirm für alle**
2. **Die Gleichheit der Menschen verteidigen: gegen Diskriminierung von Alten und Geflüchteten**
3. **Politische Grundrechte verteidigen**
4. **Für eine solidarische Gesellschaft kämpfen, sozial-ökologischen Systemwechsel vorantreiben**

Drei mögliche **Zukunftspfade** werden benannt:

- Erstens: Herausbildung eines autoritären Kapitalismus**
- Zweitens: Modernisierung des Kapitalismus**
- Drittens: Sozial-ökologischer Systemwechsel oder: Für einen linken Green New Deal**

Weiterhin werden in dem Papier herausgearbeitet:

- **Ansatzpunkte in und nach der Corona.Krise**
- **Hegemoniekämpfe erhöhen die Kriegsgefahr**
- **Linke Mehrheiten und linke Verantwortung**
- **DIE LINKE als Partei in Bewegung**



in der oppositionsrolle und mit blick in die zukunft



Eine neue Qualität erreichen die Webseiten der Bundes- und Landespartei, was das aktuelle **Angebot an Livestreams und Videokonferenzen** betrifft. Dabei ist die Seite des Landesverbandes mit der des Bundesvorstandes verlinkt. Kreisverbände können ihre Livestreams oder Videokonferenzen auf der Webseite der LINKEN direkt bewerben. Im Archiv findet man Live-Mitschnitte vergangener Veranstaltungen im Überblick.



Gegenwärtig - noch - bis zum 24. Juni laufen fast täglich Videokonferenzen der **Frühlingsakademie zu sozial-ökologischer Transformation**. Dabei werden alle Webinare der Frühlingsakademie, die über das Programm „Zoom“ laufen, zeitgleich auch im Livestream übertragen. Auch das online durchgeführte „Fest der LINKEN“ und die Webinare der Sommerakademie der sächsischen LINKEN (siehe dazu Seite -12-) werden im Livestream übertragen

„corona-seite“ der landespartei



Es wird u.a. dargestellt, was jetzt politisch nötig ist und was wir jetzt tun können. Außerdem werden nützliche Links angeboten, über die man sich direkt auf andere Webseiten einwählen kann, z.B. zu tagesaktuellen Informationen zum Coronavirus, zur Sonderseite des Freistaates Sachsen und zu Projekten sächsischer Hilfsorganisationen.

- Was jetzt politisch nötig ist**
- DIE LINKE steht für:
- schnelle Hilfen, für die, die sie am dringendsten brauchen,
 - eine **Entprivatisierungsstrategie** im Gesundheitssektor,
 - ein Gesundheitssystem nach dem Prinzip „**Staat vor Markt**“ – kostendeckend und gemeinwohlorientiert
 - kein Cent der **Krisenhilfen** darf auf den Konten von Anteilseignern landen,
 - deutliche **Lohnsteigerungen** bei Gesundheit und Pflege,
 - Ausbau der **Medizinerinnenausbildung** an den Universitäten,
 - und eine **Material- und Medikamentenproduktion vor Ort**.



Die Städte, Dörfer und Landkreise sind der Ort, an dem wir leben, arbeiten, unsere Freizeit verbringen. Sie sollen sich selbst verwalten und genug Geld haben. Diese Grundsätze sind nicht erst durch die Corona-Pandemie bedroht – sie aber schnürt den Kommunen endgültig die Luft zum Atmen ab.

Ein Rettungsschirm ist dringend notwendig

Vieles ist bedroht: Spielplätze und Sporteinrichtungen, Jugendzentren, Vereinslokale, Theater, die örtlichen Versorger, Krankenhäuser, Wohnungsgesellschaften, Stadtwerke, Bauhöfe, Verkehrsunternehmen. Das alles soll nicht nur noch in den Chroniken zu finden sein, sondern realen Leben. Deshalb müssen wir schnell handeln:

- Der Freistaat muss den Kommunen alle Pandemie-Folgekosten erstatten.
- Auch kommunale Betriebe sollen Liquiditätshilfe und Kredite vom Freistaat erhalten können.
- Die Einrichtungen der Jugendhilfe und ihre Träger müssen finanziell abgesichert werden, ebenso die kulturellen, sozialen und Sporteinrichtungen.
- Touristisch wichtige Einrichtungen der Freizeitgestaltung, zum Beispiel Tierparks oder Freibäder,

müssen Hilfe erhalten, ohne die Kommunen zusätzlich zu belasten.

- Das kommunale Neuverschuldungsverbot und die Auflage, Haushaltssicherungskonzepte aufzulegen, müssen weg.
- Beim Weg aus der Pandemie muss die Landesregierung die Wiederverstaatlichung systemrelevanter Einrichtungen und Unternehmen (z. B. Krankenhäuser, Stadtwerke, Verkehrs- und Entsorgungsbetriebe) finanziell und rechtlich unterstützen.

- Bereits ins Leben gerufene Ideenwettbewerbe wie für den Strukturwandel in der Lausitz müssen auf ganz Sachsen ausgeweitet werden, um kreative Lösungen von Kommunen sowie vor Ort engagierten Menschen zu fördern.

- Die Gewerbesteuerverteilung muss neu geregelt werden: Schwankungen dürfen nicht zulasten der Kommunen gehen. Mittelfristig fordern wir, die Kommunalfinanzierung von der Gewerbesteuer unabhängig zu machen.

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
Telefon: 0351 493-5800, Fax: 0351 493-5460
V.i.S.d.P.: Kevin Reißig, Stand: April 2020
linksfraktion@slf.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Wegen der Corona-Pandemie musste für die Sitzung eine Räumlichkeit gesucht werden, in der die Hygieneregeln eingehalten werden konnten. Die „HarthArena“ in Hartha war groß genug, um den Anforderungen zu entsprechen. Hier hatte jede(r) Kreisrat(in) seinen/ihren eigenen Tisch und der Abstand dazwischen war über 1,5 Meter. Zudem hatte der Landrat mit den Fraktionen vereinbart, die Tagesordnung auf das notwendige Minimum zu beschränken. Das hatte aber auch zur Folge, dass die schon seit Ende 2019 vorliegenden Beschlussanträge der Fraktionen frühestens im nächsten Kreistag behandelt werden können; also auch der Antrag unserer Fraktion zur Bildung eines „Runden Tisches“, der die Möglichkeiten zur Verbesserung der regionalen Kreislaufwirtschaft ergründen soll.

Nach Eröffnung der Sitzung gab es wie immer die „**Informationen des Landrates**“. Ausführlich referierte er über Entwicklung und Stand von Covid - 19 im Kreis. Sein Fazit; wir hatten Glück. Trotzdem gibt es einen Arbeitsstab, der sich täglich mit den Problemen befasst und notwendige Maßnahmen beschließt. Dazu wurde das Personal im Gesundheitsamt deutlich aufgestockt und für Fragen der Bürger eine Hotline eingerichtet, für die einige Mitarbeiter abgestellt werden mussten.

Ausführlich informierte Herr Damm über das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Klage unserer Fraktion gegen die Nichtzulassung der Revision - Normenkontrollsache. Mit Beschluss vom 11.03.2020 hat das Gericht die Beschwerde zurück gewiesen. In seiner Begründung hat es nach unserer Interpretation darauf verwiesen, dass die Angelegenheiten unseres Kreistages nicht die Zulassung einer Grundsatzrevision rechtfertigen. Die aufgeworfenen Fragen nach dem Umfang der Geheimhaltungspflicht betreffen das irrevocabile Landesrecht, das nicht Gegenstand eines Revisionsverfahren sein kann. Da das Gericht noch einiges am Antrag bemängelt hat, will der Landrat jetzt mögliche Entschädigungen prüfen lassen, da die Kosten des Verfahrens aus dem Kreishaushalt bestritten werden.

In einer Informationsvorlage war nachzulesen, dass vom Landratsamt insgesamt knapp zwei Millionen Euro eingesetzt wurden, um die notwendigen **Schutzausrüstungen und Mund-Nasen-Schutz** zu beschaffen. Seit Beginn der Corona-Pandemie wurden insgesamt 300.000 Stück Mund-Nasen-Schutz, 50.000 chemische Schutzanzüge, 50.000 FFP2- und 20.000 FFP3-Masken sowie 2.000 Schutzanzüge bestellt. Die Schutzausrüstung ist und war unter anderem für den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz bestimmt. Der einfache Mund-Nasen-Schutz ist für die Ausstattung von Schulen und die Einrichtungen des Landkreises nötig.

Mit dem Beschluss der folgenden Vorlage wurde der Landrat ermächtigt, **Baufträge für Straßen** zu vergeben. Das ist möglich, wenn eine Vergabe aus terminlichen Gründen nicht im Gremium möglich ist. Bis 300.000 Euro können Zuschläge direkt von der Verwaltung und ab 300.000 Euro nach der Behandlung in einem Ausschuss oder im Kreistag vergeben werden.

Wichtiger war die Vorlage zur Änderung der **Gewährung der Kosten für Unterkunft und Heizung**. Entsprechend eines Urteils des Bundessozialgerichtes wurde der Landkreis in fünf Vergleichsräume aufgeteilt.

- Umland Chemnitz mit den Kommunen Augustusburg, Verwaltungsgemeinschaft Burgstädt, Claußnitz, Flöha, Frankenberg, Hartmannsdorf, Leubsdorf, Lichtenau, Lunzenau, Niederwiesa und Penig
- Mittelbereich Mittweida mit den Kommunen Erlau, Geringswalde, Hainichen, Königshain-Wiederau, Kriebstein, Verwaltungsgemeinschaft Mittweida, Verwaltungsgemeinschaft Rochlitz, Rossau und Wechselburg
- Mittelbereich Döbeln mit den Kommunen Döbeln, Großweitzschen, Hartha, Leisnig, Verwaltungsgemeinschaft Ostrau, Roßwein, Striegistal, Waldheim

■ Mittelbereich Freiberg mit den Kommunen Bobritzsch-Hilbersdorf, Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Frauenstein, Großhartmannsdorf, Großschirma, Halsbrücke, Verwaltungsgemeinschaft Lichtenberg, Mulda, Neuhausen, Oberschöna, Oederan, Rechenberg-Bienenmühle, Reinsberg, Verwaltungsgemeinschaft Sayda

■ Stadt Freiberg

Da aber noch keine aktuellen Mietspiegel vorliegen, wurden die bisherigen Werte lediglich um knapp zwei Prozent angehoben. In jedem Fall muss aber im IV. Quartal eine neue Richtlinie erarbeitet werden. Die Anregung unserer Fraktion, dazu eine zeitweilige Arbeitsgruppe zu bilden, in der alle Fraktionen mitarbeiten, wurde vom Landrat positiv aufgenommen. Die Fraktionen sollen in die Erarbeitung der neuen Richtlinie einbezogen werden.

Mit der nächsten Vorlage wurden die **Gebühren für die Notfallrettung und den Krankentransport** kräftig angehoben. Das war vor allem notwendig geworden, weil die ursprünglich kalkulierte Zahl der Einsätze bei weitem nicht erreicht wurden. Für den Einsatz eines Krankentransportwagens (KTW) beträgt die Gebühr künftig 240,30 Euro statt bisher 145,90 Euro, für einen Rettungswagen (RTW) 710,20 Euro statt 424,10 Euro sowie für ein Notarzteinsetzfahrzeug (NEF) 369 Euro statt bisher 217,70 Euro. Zu zahlen haben diese Gebühren Personen, die nicht in den gesetzlichen Krankenversicherungen versichert sind. In der Vorberatung hatte sich der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig für den Beschluss entschieden.

Ebenfalls einstimmig hat der gleiche Ausschuss empfohlen, der Direktvergabe eines **öffentlichen Dienstleistungsauftrages zum ÖPNV** an die Regiobus Mittelsachsen GmbH zuzustimmen. Da dieses Unternehmen zu 100% dem Landkreis gehört und im Vergleich mit ähnlichen Unternehmen sehr gut abschneidet, ist das immer besser, als europaweit auszuschreiben. Der Landkreis gibt in diesem Jahr rund 12,9 Millionen Euro an Ausgleichszahlungen für den Öffentlichen Personennahverkehr aus. Neben der REGIOBUS sind noch weitere Busunternehmen im Kreis im Linienbetrieb eingesetzt. Sie erbringen jährlich rund drei Millionen sogenannte Fahrplankilometer, die Regiobus Mittelsachsen GmbH neun Millionen. Der Begriff "ein Fahrplankilometer" bedeutet, dass der Bus im Linienbetrieb fahrplangebunden einen Kilometer zurück legt.

Wie erwartet, wurde die Beratung der Vorlage zur **Aufhebung des Kreistags-Beschlusses über die Zweckvereinbarung des Landkreises mit dem Abfallwirtschaftsverband Chemnitz (AWVC) zur Entsorgung der Abfälle** aus dem Gebiet des Altkreises Döbeln spannend. Das Thema musste auf die Tagesordnung, da die bestehende Vereinbarung zum 31.05.2020 ausgelaufen ist. Der Beschluss vom 05.12.2018 sah vor, die Vereinbarung mit höheren Preisen fortzuführen. Nachdem der AWVC diese Vereinbarung unterschrieben hat, wurde das Dokument der Landesdirektion Sachsen (LDS) zur Bestätigung vorgelegt. Das hat diese nach sieben Monaten abgelehnt und höhere Preise gefordert. Gegen diesen Bescheid haben Landkreis und AWVC fristgemäß Widerspruch eingelegt. Da die LDS eine Entscheidung dazu hinausgezögert hat, hat der Landkreis Anfang 2020 die LDS um eine persönliche Abstimmung gebeten. Im Gespräch am 22.01.2020 hat die LDS wieder noch höhere Preise verlangt. Daraufhin wurde nach Abstimmung mit dem AWVC der LDS am 21.02.2020 ein angepasster Entwurf übergeben. Am 06. März teilte die LDS mit, dass sie auch diesem Entwurf nicht zustimmt! Nachdem ein weiteres Gespräch mit der LDS nicht zustande kam und die LDS auch auf den Widerspruch nicht reagiert hat war klar, dass jetzt gehandelt werden muss. Der Landkreis hat also die Entsorgung des Bereiches Döbeln für den Zeitraum 01.06.-31.12.2020 ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt die MVV Umwelt Ressourcen GmbH Mannheim, Anlage TRA Leuna. Aus unserer Sicht hat die Landesdirektion Sachsen in der Angelegenheit keine gute Rolle gespielt! Da schon seit Ende letzten Jahres die Rechnungsprüfungsämter der Gesellschafter die Bücher des AWVC geprüft haben, hat die Leiterin unseres Amtes, Frau Radisch, versucht, Licht in das Dunkel zu bringen. Trotzdem sind noch viele Fragen offen geblieben. Der Ausschuss Umwelt u. Technik wird sich in seiner Sitzung am 17. Juni erneut mit dem AWVC befassen. Wir werden in der nächsten Ausgabe informieren.

perlen russlands 2019 - vergangenheit und gegenwart (5) - wladimir und susdal

von HANS WEISKE

Vom 2. bis 10. Oktober des vergangenen Jahres erfüllte ich mir einen langgehegten Traum: Ich begab mich neun Tage - völlig auf eigene Faust - auf „Abenteuerfahrt“ in das Herz von Russland: nach Moskau und St. Petersburg, den beiden ehemaligen Residenzen der russischen Zaren. In loser Folge berichte ich über meine Erlebnisse: Nachdem wir im vierten Teil Sergijew Possad besuchten, geht es heute nach Wladimir und Susdal, zwei weiteren traditionsreichen Städten des so genannten Goldenen Ringes nordöstlich von Moskau. In der nächsten Folge bringt mich dann der „Sapsan“ (russisch für „Wanderfalke“), der Hochgeschwindigkeitzug der russischen Eisenbahnen, nach St. Petersburg.

Nach Wladimir und Susdal kommt nach nicht - wie nach Sergijew Passad - von Moskau aus mit der Elektrijschka. Die 345.000-Einwohner-Stadt Wladimir erreicht man nach 190 Kilometern auf der Eisenbahnlinie von Moskau nach Nischni Nowgorod (bis 1990 Gorki). Dann geht es mit einem klapprigen Bus die restlichen 26 Kilometer in die Kleinstadt Susdal (10.500 Einwohner). Mit über 300 historischen Bauten ist das einzigartige Museumstädtchen die besterhaltene altrussische Stadt überhaupt. Susdal steht komplett unter Denkmalschutz und gilt als Hauptstadt des Goldenen Ringes.

Mein Problem an diesem Sonntag war, dass - obwohl erst Anfang Oktober - ein Sauwetter herrschte. Schneeregen und stürmischer Wind bei Temperaturen um den Nullpunkt. Da hat selbst der eingefleischteste Freund altrussischer Geschichte nach drei Stunden Fußmarsch mit völlig durchnässten Schuhen, klammen Fingern und nasser Kamera die Schnauze



Der Goldene Ring altrussischer Städte nordöstlich von Moskau atmet russische Geschichte. Die Nordost-Rus entwickelte sich ab dem 12. Jahrhundert zum neuen Zentrum Russlands. Damit löste sie die Kiewer Rus ab, die als Sitz des Großfürsten und mittelalterliches Großreich Vorläuferstaat der heutigen Staaten Russland, Ukraine und Weißrussland war.



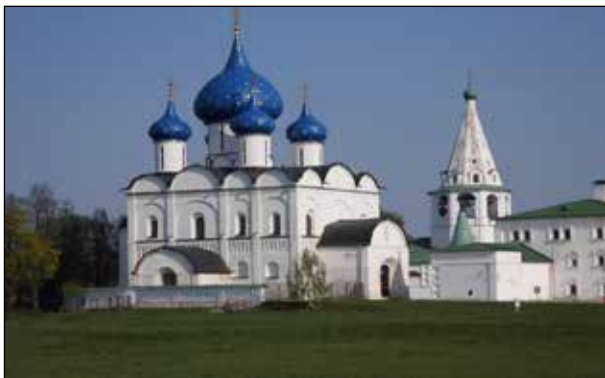
Ein stärkendes russisches Mittagmahl nach einem besch... Wetter am Vormittag: Pilzsuppe zum Auftakt, 50 Gramm Wodka und ein großes Bier.

gestrichen voll. So entschied ich nach Besuchen im Susdaler Kreml, in mehreren Klöstern und Kirchen und im Museum für Holzarchitektur, mir im ersten Haus am Platze ein opulentes Mittagessen nach russischer Art zu gönnen. Was mir außerordentlich gut tat!

Danach ging es zurück nach Wladimir. Das war aber gar nicht so einfach. Ich musste zunächst ein Taxi ordern, da die Busse in die Oblasthauptstadt außerhalb von Susdal abfahren. Angekommen in Wladimir, war das Wetter noch mistiger geworden. Schneeregen und Wind hatten sich weiter verstärkt, fünf Zentimeter Schneematsch auf den Fußwegen und das mit Halbschuhen sind ein Knüller! Mir blieben auch nur zwei Stunden Zeit bis zur Abfahrt des Bummelzuges (aber dennoch mit Platzkarten) zurück nach Moskau, rund drei Stunden Fahrzeit. Einige Sehenswürdigkeiten in der Nähe des Bahnhofes gelang es mir doch noch „abzuklappen“, darunter das berühmte Goldene Tor aus dem Jahr 1164.

Zur Geschichte: Die Entstehung Russlands ist mit dem Nordost-Rus verbunden, der sich ab dem 12. Jahrhundert zum neuen Zentrum der Kiewer Rus entwickelte. Das Fürstentum Wladimir-Susdal war zwischen der zweiten Hälfte des 12. und dem 14. Jahrhundert ein bedeutendes Fürstentum und der mächtigste ostslawische Staat. Traditionell wird Wladimir-Susdal als die Wiege der großrussischen Sprache und Kultur betrachtet. Erst mit der Zeit ging Wladimir-Susdal politisch in das Großfürstentum Moskau über. Darüber habe ich bereits berichtet.

Im Jahr 1992 nahm die UNESCO die „weißen Kirchen und Klöster“ von Wladimir und Susdal in die Liste des Weltkulturerbes auf. Ein Grund dafür ist der besondere Architekturstil, der im Fürstentum Wladimir-Susdal im 12. und 13. Jh. entstand. Dieser Stil prägte später die Bauweise in ganz Russland.



Zu den Bildern: Obere Reihe: links die Muttergottes-Geburts-Kathedrale im Susdaler Kreml (erbaut 1222 - 1235), rechts die Mariä-Entschlafens-Kathedrale in Wladimir (erbaut 1158 - 1160), in der Mitte das Denkmal für den russischen National-

helden Alexander Newski in Wladimir, in das Foto einmontiert die Gedenktafel an seiner Beerdigungsstätte in der Stadt. **Untere Reihe:** Bilder aus Susdal, aus denen das Mistwetter an diesem Tag nur andeutungsweise erkennbar ist.

Unsere Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** wurde im Herbst des vergangenen Jahres in den sächsischen Landtag gewählt. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN ist sie für die Bereiche Europa, Sport und Kindertagesstätten zuständig. Sie arbeitet im Landtagsausschuss für Bildung und im Petitionsausschuss mit. Außerdem ist sie stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss und im Ausschuss für Recht, Justiz, Gleichstellung, Demokratie und Europa.

Marika Tändler-Walenta unterhält Bürgerbüros in Döbeln und Mittweida. Das Büro in der Döbelner Bahnhofstraße 1a betreut ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin **KATI VOIGT**. Für das Büro in Mittweida wird an einer neuen Lösung gearbeitet, da ihr bisheriger Wahlkreismitarbeiter **EYK FECHNER** Ende Mai ausgeschieden ist. Auf der Basis einer geringfügigen Beschäftigung sind **TONI CHRISTOPH** in Dresden und **MARVIN MÜLLER** (vor allem für den Bereich Sport) für Marika Tändler-Walenta tätig.

Wir haben bereits in unserer Mai-Ausgabe darauf verwiesen, dass sich Marika auf ihrer Webseite unter:

www.taendler-walenta.de

der Öffentlichkeit präsentiert. Wer sich regelmäßig einloggt, ist also bestens über ihre Arbeit im Landtag informiert, und man kann den **Link zu unserem Kreisverband**, zum Landesverband Sachsen und zur Landtagsfraktion nutzen. Besonders aber empfiehlt es sich, von der Webseite direkt auf die **Facebook-Seite** zu wechseln, weil dort noch detailliertere Informationen abzurufen sind, u.a. kann man dort ihre erste Rede im Landtag zu Fragen der Kinderbetreuung per Video nachverfolgen.

Im folgenden drucken wir zwei Erklärungen von Marika Tändler-Walenta zu ihren Verantwortungsbereichen Europa und Kindertagesstätten und eine Information für Sportler*innen und Sportvereine auf der Webseite des Landesverbandes ab.

Wandel lässt sich ein Abstürzen der europäischen Volkswirtschaften verhindern. Besonders die schon von der Corona-Krise schwer gebeutelten Mitgliedstaaten Italien und Spanien werden von den umfangreichen Hilfen profitieren. Alle Mitgliedstaaten müssen jetzt an einem Strang ziehen und dieses Projekt unterstützen. Die Zeit ist allerdings reif für einen nicht nur ökologischen, sondern auch sozialen Neuanfang der Union. So wäre eine EU-weit koordinierte Vermögensabgabe für Superreiche die richtige Antwort auf die Frage, wer für diese Krise zahlen soll. Außerdem ist der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention, zu dem sie sich 2009 verpflichtet hat, überfällig. Die Zukunft des europäischen Projektes steht auf dem Spiel. Jetzt ist es an der Zeit, nicht nur in die Wirtschaft, sondern auch in den sozialen Ausgleich zu investieren.“

Zum am 29.04.2020 im sächsischen Landtag behandelten Antrag der Kenia-Koalition zum Thema „**Fachkräftesicherung in der frühkindlichen Bildung**“ und zu den in diesem Zusammenhang getroffenen Äußerungen von SPD und Grünen erklärt **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** als Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Kindertagesstätten:

„Der Koalitionsantrag zur Erzieherinnen- und Erzieherausbildung geht in die richtige Richtung, bleibt aber auf halber Strecke stehen. Schulgeldfreiheit, ein Fachkräftemonitoring sowie eine Öffnung der Qualifikationsverordnung, um bereits erworbene Qualifikationen an die Ausbildungsdauer anrechnen zu können, sind richtig und notwendig. Die Linksfraktion unterstützt das ausdrücklich. Aber: Nahezu ganze Branchen leiden derzeit unter Nachwuchssorgen. In konkurrierenden Ausbildungsberufen gibt es nicht nur deutlich bessere längerfristige Verdienstaussichten, sondern auch eine sofortige Ausbildungsvergütung. Wenn man die Betreuungsschlüssel in den Kitas deutlich verbessern und die Attraktivität des Erzieherinnenberufes für junge Leute nachhaltig erhöhen will, führt kein Weg an einer Ausbildungsvergütung vorbei. Mit der Abschaffung des Schulgeldes ist es nicht getan.“

Hilfe & Infos für verschiedenste Personengruppen auf der Seite des Landesverbandes von DIE LINKE. Sachsen

Bereits seit einiger Zeit sind, direkt auf der Startseite des Landesverbandes der LINKEN Sachsen, Informationen, Tipps & Tricks für die verschiedensten Lebensbereiche, unter der aktuellen Corona-Situation, zu finden. So gibt es Wissenswertes & Hilfe rund um die Themen Schule, Häusliche Gewalt, Infos für Arbeitnehmer*Innen, Mieter*Innen & viele mehr. Als sportpolitische-



Sprecherin der Linksfraktion im sächsischen Landtag haben Marika Tändler-Walenta & Ihr Team auch eine eigene Webseite für Sportler*Innen & Sportvereine gestaltet. Dort finden sich neben Informationen über Fördermöglichkeiten von Vereinen, ebenso eine

NACHDENKEN (S) - WERT(ES)

Der Unwissende hat Mut, der Wissende hat Angst. Alberto Moravia

Wo Kultur wegbriecht, wird Platz frei für Gewalt. August Everding

Hoffnung ist ein gutes Frühstück, aber ein schlechtes Abendbrot. Francis Bacon

Nicht auf das, was geistreich, sondern auf das, was wahr ist, kommt es an. Albert Schweitzer



Kreisverband DIE LINKE. Mittelsachsen

Auf der folgenden Seite finden Sie nähere Informationen zur Arbeit meines Kreisverbands Mittelsachsen. [hier informieren](#)

DIE LINKE. Sachsen

Hier geht's zur Website des Landesverbandes.

DIE LINKE. Fraktion im Sächsischen Landtag

Auf der Seite der Linksfraktion im Sächsischen Landtag können Sie sich über die parlamentarische Arbeit meiner Kolleg*innen & mit informieren.

Blick auf die Webseite von Marika Tändler-Walenta. Oben links kann man sie auf Facebook & Co „verfolgen“, unten die Links zu den Webseiten des Kreis- und Landesverbandes sowie der Landtagsfraktion.

Zum am 27. Mai 2020 vorgestellten **Wiederaufbauprogramm der Europäischen Kommission** erklärt **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** als europapolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:



„Die EU-Kommission will 750 Milliarden Euro für die wirtschaftliche Erholung der Union nach der Corona-Krise mobilisieren. Davon sollen 500 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse und 250 Milliarden Euro als Kredite fließen. Wir begrüßen den ambitionierten Vorschlag der Kommission, der noch umfangreicher ausfällt als der Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Nur mit enormen Investitionen, verbunden mit ökologisch-wirtschaftlichem

und bundestag



Caren Lay
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Mit dem folgenden Schreiben hat sich **CAREN LAY** an die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** und den Vorsitzenden der Kreistagsfraktion **GOTTFRIED JUBELT**, gewandt.

Das **Thema Bahnverkehr in Sachsen** beschäftigt

mich seit Langem. Bislang konnten wir im Bundestag dazu nur wenig bewegen. Jetzt, angesichts der Klimakrise und nicht zuletzt auch der zu erwartenden Strukturhilfegelder, kommt Bewegung in die Sache. Der Ausbau von Bahnstrecken, ja sogar die Reaktivierung derselben wird wieder ernsthaft diskutiert.

Ich habe vor einigen Wochen eine Kleine Anfrage zum Thema Streckenstilllegungen in Sachsen im Bundestag eingereicht. Die Antwort auf die Anfrage ist ermutigend: Mehr als 20% der Schienenstrecken in Sachsen wurden seit 1994 stillgelegt, die meisten davon im ländlichen Raum. Zudem verfügt die Bundesregierung über keinerlei Plan, Strecken zu reaktivieren und befindet sich - mit einer Ausnahme - dazu nicht einmal im Austausch mit der sächsischen Landesregierung. Die Ergebnisse der Anfrage sowie meine Auswertung findet Ihr im Anhang dieser Mail. Zudem findet Ihr im Anhang eine Excel-Datei, in der die Streckenstilllegungen nach Landkreisen aufgeschlüsselt sind.

Den Abbau wertvoller Infrastruktur und die Planlosigkeit der Bundesregierung finde ich untragbar. Gemeinsam mit unserem verkehrspolitischen Sprecher Marco Böhme im Landtag und der Landtagsabgeordneten Antonia Mertsching wollen wir das Thema daher intensiver verfolgen und uns als LINKE stark machen für eine gute, soziale und ökologische Bahninfrastruktur in Sachsen. Dafür bitten wir Euch um Mithilfe!

Ich wäre Euch daher über eine Rückmeldung zu den folgenden Fragen dankbar:

- Gibt es in eurem Kreis stillgelegte Bahnstrecken, deren Reaktivierung oder deren Ausbau Ihr für sinnvoll erachtet würdet? Wenn ja: Welche?
- Gibt es Genossinnen und Genossen bei Euch, die an diesem Thema arbeiten?
- Sind Euch aus eurem Landkreis Bürgerinitiativen o.Ä. bekannt, die sich für die Streckenreaktivierung oder den Ausbau von Bahnstrecken einsetzen?
- Gibt es weitere verkehrspolitische Forderungen, die wir unter dem Dach „ÖPNV in Sachsen“ aufgreifen können?

Ich würde mich sehr über eine Rückmeldung freuen, damit wir abgestimmt vorgehen können und bei diesem Thema gemeinsam an einem Strang ziehen können.

Dazu ein Kurzkomentar meinerseits:

Ich habe die an den Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble gerichtete Antwort auf die Kleine Anfrage von Caren Lay aufmerksam durchgearbeitet. Ehrlich gesagt, die darin enthaltenen Aussagen zu insgesamt 15 Fragen zum Thema "Stilllegung und Wiederbelebung von Bahnstrecken in Sachsen" sind wahrlich ermutigend, die enthaltenen Zahlen ohne ministerielle Hilfe innerhalb weniger Minuten im Internet zu recherchieren.

Meines Wissens gibt es, was die Diskussion um die Wiederbelebung von Bahnstrecken in Mittelsachsen betrifft, zwei Schwerpunkte:

- Den ehemaligen Eisenbahnknoten Rochlitz. Von dem aus gab es vor 1990 Verbindungen in alle Himmelsrichtungen. Angestrebt wird seitens der Stadt Rochlitz - mit Unterstützung aus Geithain - eine Anbindung an das Liniennetz des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes um Leipzig und Halle.
- Die Stilllegung des Abschnittes von Döbeln über Roßwein und Nossen nach Meißen-Triebischtal auf der ehemaligen Bahnstrecke von Borsdorf nach Coswig als Teil einer Fernverbindung von Leipzig nach Dresden.

In den nächsten beiden Ausgaben der LinksWorte werde ich mich jeweils mit einem dieser beiden Schwerpunkte beschäftigen.

HANS WEISKE

5 punkte für linke mobilität nach corona

In einem Grundsatzartikel unter obigem Titel macht der Co-Parteivorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, konkrete Vorschläge. Ganz kurz zusammengefasst, geht es um folgende fünf Punkte:

- 1. Mobilität für Morgen statt Milliarden für Konzerne**
 - Schaffung eines Mobilitätskonzerns "Deutsche Bahn-Lufthansa"
 - Flugverkehr verringern
 - Förderung der Mobilität auf der Schiene auch für Unternehmen
 - Bahnfahren bezahlbar machen
 - Investitionen in den Ausbau des Schienennetzes, in Fahrzeuge und in Bahnhöfe
 - Die Bahn stärken statt schwächen
- 2. ÖPNV: kostenfrei und gut ausgebaut**
 - Ab sofort: kostenfreier Nahverkehr für ausgewählte Gruppen und Ausbau der Infrastruktur
 - Ab 2022: Der Bund unterstützt Kommunen dabei, den Nahverkehr kostenlos zu machen
 - Ab 2025: flächendeckend ticketloser ÖPNV
- 3. Statt Abwrackprämie 2.0: Automobilindustrie umbauen**
 - keine Dividenden in der Krise
 - Keine Abwrackprämie für Geschäftsmodelle und Mobilität von gestern
 - Transformations- und Konversionsfonds
 - Alternative Mobilitätsmodelle ausbauen
- 4. Güterverkehr vermeiden, verlagern, verbessern**
 - Güterverkehr auf die Schiene
 - LKW-Maut ausweiten und erhöhen
 - Binnenschifffahrt ausbauen
 - Gute Lösungen für die Pakettlieferungen auf der "letzten Meile"
- 5. Gut unterwegs: Die Straßen sind für alle da**
 - Sichere Wege für Fuß und Rad
 - Tempolimits in der Stadt und von 120 km/h auf Autobahnen
 - Zebra- und geschützte Radstreifen ins Verkehrsrecht aufnehmen
 - Pop-Up-Radwege einrichten
 - Mobilitätsprämie für den Umstieg auf klimafreundliche Fortbewegung



Dieser von der Bundesgeschäftsstelle erarbeitete Leitfaden kann im Internet unter www.die-linke.de/corona abgerufen werden. Er gibt für die aktuellen Bedingungen Tipps zu drei Schwerpunkten:

- **Aktiv werden, solidarisch handeln** (Genoss*Innen kontaktieren, Beratungsangebote aufrechterhalten, soziale Einrichtungen unterstützen, Fake News entgegentreten, Bildungsangebote nutzen)
- **Im Gespräch bleiben, Strukturen stärken** (Livestream einrichten, Videokonferenz-Anbieter auswählen)
- **Solidarisch aus der Krise** (für einen Rettungsschirm, ein krisenfestes Gesundheitssystem, eine gerechte Finanzierung der Krisenkosten, keine Einschränkung der Demokratie und internationale Solidarität.)

schlachthöfe außer kontrolle ?

von ACHIM GRUNKE

Mit seinem Theaterstück „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“ stellt Bertolt Brecht die Auswirkungen wirtschaftlicher Machtkämpfe auf die Situation der Arbeitenden dar und demaskiert die Mechanismen kapitalistischer Marktwirtschaft. Das in den Jahren 1929 bis 1931 entstandene Bühnenwerk, das die damaligen Zustände in Chicago in den Blick nimmt, hat bis heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt. So kamen im zurückliegenden Jahrzehnt verschiedene Schlachthöfe in Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen immer mal wieder mit Gammelfleischskandalen in die Schlagzeilen. In der jüngsten Zeit sind es die Arbeits- und Wohnbedingungen der Beschäftigten, die Großschlachthöfe zu Brutstätten der Ausbreitung des Corona-Virus werden ließen. In beiden Fällen hatten offensichtlich Kostensenkung und Gewinn einen Vorrang gegenüber Hygienebestimmungen.

schlachthöfe in der kommunalpolitik

Nun besteht in allen Kommunalordnungen der deutschen Länder aber nach wie vor der traditionelle Benutzungszwang für öffentliche Schlachthöfe, der von den Gemeinden per Satzung angeordnet werden kann. Diese Regelung ist auch in § 14 der Sächsischen Gemeindeordnung zu finden. Im Kommentar zur Sächsischen Gemeindeordnung heißt es dann auch: „Gemeindliche Schlachthöfe (Schlachthäuser) sind öffentliche Einrichtungen zum Schlachten der für den menschlichen Genuss bestimmten Tiere und zur Aufbereitung des Fleisches unter behördlicher Aufsicht und größtmöglicher Sauberkeit. Schlachthöfe dienen der Volksgesundheit und damit dem öffentlichen Wohl.“

Gibt es aber überhaupt noch kommunale Schlachthöfe? Sie gehören inzwischen der Vergangenheit an. Dass unter dem Benutzungszwang in den Gemeindeordnungen heute noch immer die Schlachthöfe auftauchen, hat im Grunde nur noch nostalgischen Wert, aber keine reale Bedeutung mehr. Ihren Ursprung hatten die einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeordnungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wo die Städte im Gefolge der Urbanisierung aus gesundheitspolitischen und hygienischen Gründen bestimmte Infrastrukturen der Daseinsvorsorge schufen und dafür den Anschluss- und Benutzungszwang verhängen konnten. Das betraf neben der Abfall- und Müllentsorgung, der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung, des Bestattungs- und Friedhofswesens auch den Bau von Schlachthöfen mit Schlachthauszwang.

Sich ausbreitende Tierkrankheiten und -seuchen veranlassten die Städte seit den 1860er Jahren, Vieh- und Schlachthöfe zu errichten. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts waren in den 85 Städten des Deutschen Reiches mit über 50.000 Einwohnern die Schlachthöfe weitgehend kommunalisiert. Der Schlachthof erwies sich dabei in einzelnen Fällen, der Viehhof in der Regel als „aktiver Betrieb“, der der Gemeinde „nennenswerte Einnahmen“ verschaffte. Eine auf Gewinnmaximierung abzielende, kapitalistische Betriebsführung galt jedoch als mit dem Ziel der Versorgung der Bevölkerung mit gesundem Fleisch in ausreichender Menge und leistbarem Preis nicht vereinbar: „Volkswohl“ vor „Speculation“, lautete die Devise. Mit der Kommunalisierung der Fleischversorgung als ein integrierter Teil der städtischen Leistungsverwaltung und der Stadthygiene mit Viehmarkt, Schlachthof und Fleischmarkt unter öffentlicher Kontrolle erreichte die Fleischversorgung der Großstädte in den 1920er Jahren ihre endgültige organisatorische Ausformung und bauliche Gestalt.

Als Zeitalter der kommunalen Vieh- und Schlachthöfe wird das Jahrhundert zwischen den 1870er und 1970er Jahren in die Geschichtsbücher eingehen. Schon ab den 1960er Jahren begann in der alten Bundesrepublik die Privatisierung kommunaler Schlachthöfe.

privatisierung der schlachtung

Die Privatisierung dieser städtischen Dienstleistung in der alten Bundesrepublik nach rund 100 Jahren der Kommunalisierung verlief ziemlich geräuschlos. In der Ausgabe Nr. 44/1975 titelte das Wochenmagazin „Spiegel“ damals: „Letztes Gefecht. Westdeutschlands Kommunal-schlachthöfe kosten den Steuerzahler immer mehr Geld. Eine bundesweite Privatisierungswelle verspricht Abhilfe.“ Die Privatisierung sei nicht zu bremsen gewesen, weil die ca. 400 öffentlichen Schlachthöfe in der BRD im Durchschnitt nur zu 20% ausgelastet gewesen seien. Die großen privaten Schlachthöfe konnten preisgünstiger schlachten als die kommunalen Schlachthöfe. Wettbewerbsvorteile konnten nicht nur durch Rationalisierung erreicht werden, sondern auch durch Senkung der Personalkosten zulasten der Arbeitsbedingungen und der Löhne der Beschäftigten. Als entscheidender Konkurrenzvorteil erwies sich die Umstellung auf Massenschlachtung am Fließband, was jedoch auch mit Abstrichen bei der Qualität verbunden war.

Nach der deutschen Wiedervereinigung in den 1990er Jahren verschwanden auch auf dem Gebiet der neuen Bundesländer die kommunalen Schlachthöfe fast restlos. Dennoch sind kommunale Schlachthöfe noch nicht gänzlich von der Bildfläche verschwunden, bis in die jüngste Zeit existierten noch einige in Baden-Württemberg. Für den kommunalen Schlachthof in Metzingen, wo für einen dauerhaften Fortbestand ein erheblicher baulicher Sanierungsaufwand erforderlich wäre, konnte bis Ende 2020 erst mal eine Interimslösung gefunden werden.

Der Strukturwandel hin zur Massenproduktion und der Preisdruck der großen Supermärkte - möglichst billig zu produzieren - haben zur einer Zentralisierung der Schlachtbetriebe geführt. Außerdem hat die EU-Hygieneverordnung für Schlachträume, deren Anforderungen viele kleinere Schlachthöfe aufgrund des baulichen und technischen Zustands nicht mehr gewachsen waren, diesen Prozess weiter beschleunigt.

Die 10 größten Schweineschlachtbetriebe Deutschlands hatten 2019 einen Marktanteil von 80,1%, darunter Tönies mit 30,3% und Westfleisch mit 14%.

hauptkritikpunkte an großschlachthöfen

1. Durch die Zentralisierung in Großschlachtbetrieben entstehen längere Transportwege für die Tiere von den Landwirtschaftsbetrieben zu den Schlachthöfen. Das bedeutet aber mehr Stress für die Tiere und ist nicht im Sinne des Tierwohls. Darunter leidet letztlich auch die Qualität des Fleisches. Außerdem entstehen für die Landwirtschaftsbetriebe durch die langen Transportwege höhere Kosten.
2. Die Zentralisierung der Schlachtung in Mega-Schlachthöfen bedeutet einen Verlust an Regionalität in der Fleischversorgung, was aber gerade in der heutigen Zeit die Verbraucher zunehmend verlangen. Zudem gehen durch die Wegverlagerung der Schlachtung in der Region die Wertschöpfung und die Steuereinnahmen verloren.
3. Vor allem in den Großschlachthöfen herrschen seit langem skandalöse Arbeits- und Wohnbedingungen für die Beschäftigten, die nun durch die Corona-Krise noch

sichtbarer ans Licht der Öffentlichkeit traten. Schon vor Corona wurde dazu berichtet: „Schlechte Bezahlung unterhalb des Mindestlohns, nicht vergütete Überstunden und Gruppenunterkünfte mit Stockbetten, die sich mehrere Menschen im Schichtwechsel teilen müssen. Gerade in großen Schlachthöfen herrscht oft eine Art moderner Sklaverei, die Menschen unwürdig behandelt und vollkommen ausbeutet.“ (AKP, Nr. 5/2017)

4. In den Kernprozessen des Schlachtbetriebs wird seit Jahrzehnten mit Werkverträgen und Leiharbeitern gearbeitet, die nicht nur Produktionsspitzen abfangen. Die Werkverträge ermöglichen es den großen Schlachthöfen, einen Großteil ihrer Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr selbst anzustellen, sondern stattdessen Arbeitsaufträge an Dienstleister zu vergeben. Die heuern weitere Firmen an, die wiederum Aufträge an andere vergeben - bis am Ende ein undurchsichtiges Geflecht an Subunternehmern entstanden ist, in dem niemand mehr nachvollziehen kann, wer nun für den Schutz der Beschäftigten und die Einhaltung der Vorschriften verantwortlich ist.

5. Beim Schlachten im Akkord in den Großschlachthöfen kommt es unter Zeitdruck regelmäßig zur Verletzung des Tierschutzes. Dazu berichtete das Nachrichtenmagazin „Hintergrund“ im Juni 2012, dass es auf eine Anfrage nach Einschätzung der Bundesregierung beim Töten von Schweinen und Rindern in deutschen Schlachthöfen zu besorgniserregenden Tierschutzproblemen komme. Die Vorkommnisse seien so schwerwiegend, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssten, um sie sicher auszuschließen. Da ein nicht sachgerechtes Schlachten, ausgeführt von minderqualifizierten Leiharbeitern, auch die Fleischqualität beeinträchtigt, forderte der Bundesverband der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), dass zentrale Tätigkeiten in einem Schlachthof nur von der Stammebelegschaft ausgeführt werden dürfen.

Die Verarbeitung von Fleisch in Schlachthöfen soll ab Januar 2021 nur noch durch eigene Angestellte möglich sein. Zusätzlich soll es stärkere Kontrollen der Gesundheitsstandards geben. Es war höchste Zeit, dass die Bundesregierung endlich ein Verbot für Werkverträge in Schlachtbetrieben aussprach. Damit kann hier dem System der Subunternehmen endlich der Boden entzogen werden.

alternative selbstvermarktung

Schon in den 1980er Jahren wurde in der alten Bundesrepublik die Selbstvermarktung tierischer Agrarprodukte als eine mögliche Alternative genannt. Nach 1990 sollte das Modell der Selbstvermarktung auch in den ostdeutschen Ländern Einzug halten. So gibt es heute in allen ostdeutschen Ländern Agrargenossenschaften, die auch mit tierischen Produkten die Selbstvermarktung betreiben, von der Schlachtung bis zum Verkauf in eigenen Läden. Ein Beispiel dafür ist die Agrargenossenschaft Memmendorf e.G. in unserem Landkreis.

Die Selbstvermarktung in der Region kann zwar nicht völlig die zentralisierte Schlachtung der Mega-Schlachthöfe ersetzen, aber sie hat viele Vorteile. Es gibt keine Viehtransporte über hunderte von Kilometern, dadurch weniger Stress für die Tiere und bessere Fleischqualität. In der Region erzeugte Produkte kommen auch gut bei Verbrauchern an. Zudem bleiben Wertschöpfung und Steuereinnahmen auch in der Region. Daran dürften auch die Kommunalpolitiker und -politikerinnen ein großes Interesse haben.

kreisvorstand aktuell

Nach zwei Telefonkonferenzen im April tagte der Kreisvorstand am 27. Mai aufgrund der Corona-Krise im Freiburger Hotel „Regenbogenhaus“, wo die entsprechenden Verhaltens- und Hygieneauflagen gewährleistet waren. Beraten wurden folgende Schwerpunkte:

■ **Eyk Fechner** als Mitglied des Landesvorstandes berichtete über die Beratung vom 15. Mai und die Kreisvorsitzende **Marika Tändler-Walenta** über die Sitzungen des Landtages. Sie informierte, dass unter Berücksichtigung der Corona-Auflagen ab 27. Mai im Landesverband wieder Veranstaltungen durchgeführt werden können.

■ Im Kreis sind wir als LINKE am 1. Mai, besonders aber am 8. Mai, trotz der durch Corona bedingten Probleme in der Öffentlichkeit sichtbar gewesen. Hervorgehoben wurde die durch das Team von Marika Tändler-Walenta organisierten Dienstleistungen für Senior*innen.

■ Eyk Fechner hat seine hauptamtliche Tätigkeit als Wahlkreismitarbeiter von MdL Marika Tändler-Walenta im Büro Mittweida per 31. Mai beendet. Er wird im Landesvorstand und im Kreisvorstand nach eingetragener Bekunden ehrenamtlich weiter aktiv mitwirken. Auch seine Aufgabe als Geschäftsführer der Kreistagsfraktion hat er beendet. Die Kreisvorsitzende sprach ihm den Dank für sein Engagement in den vergangenen Monaten aus.

■ Es wurden Berichte von Eyk Fechner über die Beratung des Landesvorstandes mit den Kreisgeschäftsführern und von **Hans Weiske** über die Beratung mit den Schatzmeistern entgegengenommen. Beide Beratungen fanden am 19. Mai als Videokonferenzen statt.

■ Abgestimmt wurde eine neue Terminleiste mit dem nächsten politischen Höhepunkt: Dem Weltfriedenstag am 1. September. Dazu wird am Bundeswehr-Standort Frankenberg eine Demonstration zur Friedenspolitik der LINKEN vorbereitet, an welcher die Bundesvorsitzende Katja Kipping teilnehmen wird. Bis dahin wird es drei Beratungen des Kreisvorstandes geben: am 24. Juni in Freiberg sowie am 22. Juli und am 19. August in Döbeln. Um perspektivisch auch die Durchführung von Videokonferenzen zu ermöglichen, wird das entsprechende Angebot der Landesgeschäftsstelle angenommen. Für September sind auch Veranstaltungen zur Rente in Döbeln und Freiberg und die im März/April ausgefallenen beiden Regionalkonferenzen zur Strukturdebatte vorgesehen, die wahrscheinlich zu einer Beratung zusammengefasst werden.

■ Nach dem Landesparteitag am 10. Oktober in Plauen und dem neu terminierten Bundesparteitag vom 30. Oktober bis 1. November in Erfurt findet im November ein Kreisparteitag statt.

unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



Im juli 2020 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

SIEGFRIED STEIGER	geb. am	01.07.1936,	in	Flöha
WALTER RUCZYNSKI	geb. am	03.07.1936,	in	Brand-Erbisdorf
LOTHAR ANKE	geb. am	06.07.1923,	in	Augustusburg
MARINA MANN	geb. am	10.07.1955,	in	Roßwein
REINHARD KLUGE	geb. am	11.07.1933,	in	Rechenberg-Bienenm.
CHRISTA MATTERN	geb. am	12.07.1945,	in	Heideersdorf
WERNER KUHNERT	geb. am	12.07.1925,	in	Waldheim
KLAUS WERMANN	geb. am	12.07.1940,	in	Geringswalde
HANS MÄTHE	geb. am	12.07.1935,	in	Niederwiesa
WOLFGANGT ERDTTEL	geb. am	17.07.1945,	in	Frankenberg
CHARLOTTE ANDERS	geb. am	18.07.1935,	in	Großhartmannsdorf
ACHIM FREUND	geb. am	24.07.1955,	in	Freiberg
URSULA WERMANN	geb. am	25.07.1940,	in	Geringswalde
ANNELIES ANKER	geb. am	25.07.1932,	in	Mittweida
VOLKER TRÄGER	geb. am	26.07.1936,	in	Freiberg
HEINZ KLEINSTÜCK	geb. am	29.07.1926,	in	Flöha
MARION BUSCHMANN	geb. am	30.07.1960,	in	Thallwitz

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es in unserer Zeitung umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

jahrestage im juli 2020

19.07. 1870:	Kriegserklärung Frankreichs an den Norddeutschen Bund, die von Bismarck mit der Emser Depesche (13. Juli 1870) provoziert wurde.
19.07. - 07. 08. 1920:	Zweiter Kongress der Kommunistischen Internationale
31.07. - 02.08. 1920:	Wiederherstellung der II. (sozialdemokratischen) Internationale in Genf
10.07. 1940:	Beginn der Luftschlacht um England
04.07. 1945:	Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands initiiert
07.07. 1945:	Saargebiet kommt unter französische Verwaltung
16.07. 1945:	Erster Atombombentest
17.07. - 02.08. 1945:	Potsdamer Konferenz zur Nachkriegsordnung
26.07. 1945:	Viermächte-Abkommen über Be-

atzungszonen in Deutschland	
30.07. 1945:	Alliiertes Kontrollrat tritt erstmals zusammen
05.07. 1950:	Knesset verabschiedet als erstes Gesetz den neuen Staates Israel das Rückkehrgesetz
19.07.1950:	Zentralrat der Juden in Deutschland gegründet
15. - 16.07. 1990:	Bundeskanzler Kohl verhandelt in Moskau und auf der Krim mit M.S. Gorbatschow über die deutsche Einheit.
16.07. 1990:	Treuhandanstalt für die Privatisierung der Volkseigenen Betriebe der DDR konstituiert sich
17.07. 1990:	Einigung über die Fixierung der Oder-Neiße-Grenze in Zwei-plus-Vier-Gesprächen
22.07.1990:	Die Volkskammer verabschiedet das Ländereinführungsgesetz, mit dem die 1952 aufgehobene Ländergliederung wieder eingeführt wird.

terminübersicht

juni 2020:

19./20.06.	Fest der LINKEN [digital] (lfo nebenstehend)
19.06. 17:00 Uhr	Sitzung des Landesvorstandes (Videokonferenz)
24.06. 18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes Freiberg, Hotel „Regenbogenhaus“
27.06. 10:00 Uhr	Gemeinsame Sitzung von Landesvorstand und Landesrat Sachsen

juli 2020:

10.07. 12:00 Uhr	Linke Sommerakademie Sachsen [digital] (Seminar- und Workshopangebote als Webinar) (lfo untenstehend)
22.07. 18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes Döbeln, Bürgerbüro Bahnhofstraße 1a
28.07. 15:00 Uhr	Sommercamp der Linksjugend [`solid]

Veränderte Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle

Ab Juni 2020 ist die Kreisgeschäftsstelle in Freiberg, Lange Straße 34, montags und donnerstags, jeweils von 10 bis 15 Uhr geöffnet.

Termine außerhalb dieser Öffnungszeiten können mit der Geschäftsstellenleiterin **RUTH FRITZSCHE** vereinbart werden.

Informationen, Anfragen u.ä. sind jederzeit über die eMail-Adresse

kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

möglich. Dort wird kurzfristig auf die Anliegen reagiert.



Fest der Linken 2020

Das Fest der Linken findet auch 2020 statt! Vom 19. bis 20. Juni bieten wir euch wieder ein buntes Programm aus Berlin, allerdings diesmal nicht in Berlin. Sondern gleich hier im Corona-sicheren #Neuland, aka eurem Wohnzimmer. Und da kommt keine Langeweile auf: Ob Diskussionsrunde, Live-Talk mit Politiker*innen, Konzert, einem virtuellen Rundgang durch die heiligen Hallen der Parteizentrale der LINKEN, das Karl-Liebknecht-Hauses. Gemeinsam mit euch wollen wir dieses Jahr zu einem besonderen Fest der Linken machen – dem Fest der Linken 2.0.



Kurz vor Redaktionsschluss erreichte die Kreisgeschäftsstelle folgende Information des Bundesgeschäftsführers JÖRG SCHINDLER:

Am 20. Juni veröffentlicht der Parteivorstand der LINKEN eine Massenverteilerzeitung der Partei mit dem Themenschwerpunkt "Linke Positionen zur Überwindung der Corona-Krise". Sie wird ab dem 22. Juni verschickt. Themen der achtseitigen Zeitung werden u. a. sein:

- Über die Held*innen des Alltags: Systemrelevant und abgebrannt?
- Wie wurde das Gesundheitssystem auf Profit getrimmt?
- In die Verkehrswende investieren
- Dreist: So kassieren die Konzerne ab
- So wenden wir die Krise ab!

Der Parteivorstand plant, die Zeitung in einer hohen Auflage zu produzieren und sie euch in eurer Wunschaufgabe kostenfrei zukommen zu lassen. Aufgrund Begrenzung unserer Mittel können wir aber am Ende des Tages nicht garantieren, ob wir alle eure Wünsche erfüllen können. Wir möchten euch daher die Möglichkeit geben, mittels einer Kostenbeteiligung eure Wunschaufgabe zu sichern, sollte die Gesamtauflage die Möglichkeiten des Parteivorstandes übersteigen.

Die Bestellungen mussten bis zum 11. Juni erfolgen. Aufgrund der Dringlichkeit des Projekts war eine Fristverlängerung nicht möglich! Nur Gliederungen, die eine Bestellung aufgeben, werden Zeitungen erhalten können. Es findet kein automatischer Versand statt.

Viele Ortsverbände haben positiv auf diese Information reagiert. Der Stadtverband Frankenberg beispielsweise lässt die Zeitung in alle Haushalte verteilen und hat 7.500 Zeitungen bestellt. Auch die Ortsverbände Flöha, Freiberg, Mittweida, Penig und Rochlitz haben direkt oder über die Kreisgeschäftsstelle Bestellungen ausgelöst.



Die vom 10. bis zum 15. Juli angebotenen neun Webinare

- Links regieren - Das Beispiel Thüringen
- Allein im Rat
- Auf den Punkt gebracht: Linke Sprache ohne Geschwurbel
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Feminismus ist für alle da (Teil 1 und Teil 2)
- Klima prima vs. Strukturwandel
- Kommunal gegen Rechts
- Layout & Corporate Design
- Safer Communication
- Social Media Einführung

Weitere Informationen und Anmeldung direkt über die Webseite der Sommerakademie unter <https://sommerakademie-sachsen.de/>